

Absender:

Président Joseph Kabila
Cabinet du Président de la République Palais de la Nation
Av. De Lemera
Kinshasa-Gombe
DEMOKRATISCHE REPUBLIK KONGO

Buchholz, im Januar 2016

Exzellenz!

Ich wende mich an Sie in großer Sorge um das Schicksal von

Fred Bauma und Yves Makwambala

Wie mir die unabhängige Menschenrechtsorganisation **Amnesty International** mitteilte, gehören **Fred Bauma und Yves Makwambala** zu einer kongolesischen Jugendbewegung. Weil sie mehr Demokratie fordern, droht den beiden Aktivisten die Todesstrafe.

Im März 2015 stürmten Sicherheitskräfte in Kinshasa eine Pressekonferenz der Jugendbewegung "Filimbi", die friedliches, politisches Engagement von Jugendlichen unterstützt. Dreißig Personen wurden festgenommen, darunter auch Gäste aus Senegal und Burkina Faso, internationale Journalistinnen und Journalisten sowie ein US-Diplomat. Während die meisten bald wieder freikamen, hielt man die beiden "Filimbi"-Aktivisten Fred Bauma und Yves Makwambala wochenlang in geheimer Haft - ohne Kontakt zu ihren Familien und Rechtsbeiständen. Schließlich wurden die beiden Menschenrechtler wegen "Hochverrats, Putschversuchs und versuchter Tötung eines Staatsoberhauptes" angeklagt. Sollten sie schuldig gesprochen werden, droht ihnen die Todesstrafe.

Die Anklage entbehrt jeder Grundlage und ist rein politisch motiviert. Amnesty International betrachtet Fred Bauma und Yves Makwambala als gewaltlose politische Gefangene, die lediglich wegen der friedlichen Ausübung ihrer Rechte auf Meinungs-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit inhaftiert sind.

Ich bitte Sie, Fred Bauma und Yves Makwambala umgehend und bedingungslos freizulassen und alle Anklagen gegen sie fallen zu lassen. Außerdem fordere ich Sie auf, auch andere Aktivisten, Mitglieder oppositioneller Parteien und weitere Personen freizulassen, die allein aufgrund ihrer politischen Ansichten oder ihrer Teilnahme an friedlichen Aktionen inhaftiert sind.

Hochachtungsvoll

Kopie an: Botschaft der Demokratischen Republik Kongo I.E. Frau Kamanga Clementine Shakembo
Ulmenallee 42a 14050 Berlin Fax: 030-30 11 12 97 E-Mail: ambardc_berlin@yahoo.de

Absender:

Thein Sein
President of the Republic
of the Union of Myanmar
President Office, Office No.18
Nay Pyi Taw
MYANMAR



Phyo Phyo Aung: © Amnesty International

Buchholz, im Januar 2016

Sehr geehrter Herr Präsident!

Ich wende mich an Sie in großer Sorge um das Schicksal von

Phyo Phyo Aung.

Wie mir die unabhängige Menschenrechtsorganisation **Amnesty International** mitteilte, organisierte die Aktivistin **Phyo Phyo Aung** in Myanmar einen Protestmarsch von Studierenden. Nun muss sie mit einer Gefängnisstrafe von neun Jahren rechnen.

Anfang 2015 kam es in Myanmar zu weitgehend friedlichen Protesten von Studierenden. Sie richteten sich gegen ein neues Bildungsgesetz, wonach künftig allein die Regierung über Lehrinhalte an Hochschulen entscheidet und Studierende keine unabhängigen Vereinigungen mehr bilden dürfen. Im März löste die Polizei einen Protestmarsch von Studierenden gewaltsam auf, bevor er die Stadt Rangun erreichte. Hunderte Beamte gingen mit Schlagstöcken auf die Demonstrierenden los, es gab viele Verletzte. Mehr als 100 Personen wurden festgenommen, darunter auch Phyo Phyo Aung, die den Marsch mitorganisiert hatte. Die Aktivistin und viele andere Studierende sind seither inhaftiert, zum Teil in Einzelhaft, und haben nur eingeschränkten Zugang zu einem Rechtsbeistand. Die Anklagepunkte sind höchst fragwürdig. Phyo Phyo Aung und einige weitere Personen müssen mit Gefängnisstrafen von bis zu neun Jahren rechnen. Die Behörden gehen weiterhin im ganzen Land massiv gegen politisch aktive Jugendliche und Studierende vor.

Ich bitte Sie, Phyo Phyo Aung und alle anderen inhaftierten Personen, die friedlich protestiert haben, sofort und bedingungslos freizulassen. Ich fordere Sie auf, sicherzustellen, dass sie bis zu ihrer Freilassung nicht gefoltert oder in anderer Weise misshandelt werden, dass sie regelmäßigen Kontakt zu ihren Familien und zu Rechtsbeiständen ihrer Wahl haben und dass sie die notwendige medizinische Behandlung erhalten.

Hochachtungsvoll

Kopie an: Botschaft der Union Myanmar
Fax: 030-2061 5720

I.E. Frau Yin Yin Myint Thielallee 19 14195 Berlin
E-Mail: info@botschaft-myanmar.de

Absender:

Prime Minister Najib Razak
Main Block, Perdana Putra Building
Federal Government Administrative Centre,
62502
Putrajaya
MALAYSIA



Zulkiflee Anwar Ulhaque: © Amnesty International

Buchholz, im Januar 2016

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident!

Ich wende mich an Sie in großer Sorge um das Schicksal von

Zulkiflee Anwar Ulhaque - genannt Zunar

Wie mir die unabhängige Menschenrechtsorganisation **Amnesty International** mitteilte, gerät die Meinungsfreiheit in Malaysia immer stärker unter Druck. Dem bekannten Karikaturisten Zunar droht eine jahrzehntelange Haftstrafe, nur weil er sich kritisch über die Justiz geäußert hat.

Der Karikaturist **Zulkiflee Anwar Ulhaque - genannt Zunar** - nimmt in seinen Zeichnungen häufig politische Missstände wie Korruption oder Wahlbetrug aufs Korn. Weil er sich auf Twitter kritisch über die Verurteilung eines malaysischen Oppositionsführers geäußert hat, droht ihm jetzt eine jahrzehntelange Gefängnisstrafe.

Zunar ist auf Grundlage des "Gesetzes gegen staatsgefährdende Aktivitäten" angeklagt. Das drakonische Gesetz stammt noch aus der Kolonialzeit. Die malaysische Regierung greift immer häufiger darauf zurück, um Diskussionen zu unterbinden und kritische Stimmen zum Schweigen zu bringen. Allein im ersten Halbjahr 2015 wurden mehr als 40 Journalisten, Akademiker, Anwälte und Aktivisten wegen "staatsgefährdender Aktivitäten" verhört, inhaftiert oder angeklagt.

Die Behörden haben Zunar seit Jahren im Visier. Die Polizei durchsuchte mehrfach das Büro des Zeichners. Er wurde immer wieder drangsaliert und inhaftiert. Seine Bücher mit Karikaturen wurden verboten und beschlagnahmt.

Ich bitte Sie darum, die Anklagen gegen Zulkiflee Anwar Ulhaque sofort fallen zu lassen und dafür zu sorgen, dass Zulkiflee Anwar Ulhaque und andere Personen keine Einschränkungen sowie Drangsalierungen erfahren, wenn sie ihr Recht auf freie Meinungsäußerung friedlich ausüben. Außerdem bitte ich Sie darum, das Gesetz gegen staatsgefährdende Aktivitäten und alle weiteren Gesetze, die das Recht auf freie Meinungsäußerung einschränken, aufzuheben.

Hochachtungsvoll

Kopie an: Botschaft von Malaysia S.E. Herrn Zulkifli Bin Adnan Klingelhöferstr. 6
10785 Berlin Fax: 030-88574950 oder 030-88 57 49 55 E-Mail: mwberlin@malemb.de